

Das Geschäft mit dem Asyl

Wohnungsnot und Asylbewerber zwingen Städte und Gemeinden zur Zahlung von Wuchermieten

Für Geschäfte mit der Not hat Hans Vogel, 46, eine feine Nase. In den Achtzigern verlieh der ehemalige Kreisvorsitzende der Republikaner im niederrheinischen Kleve ausländische Arbeiter an Großunternehmen, unter anderem für heikle Reinigungsarbeiten im Atomkraftwerk Würgassen.

Der einträgliche Handel florierte – bis der Kölner Schriftsteller Günter Wallraff die illegalen Praktiken von Vogel, genannt „Adler“, in seinem Buch „Ganz unten“ publik machte und dem Geschäftemacher das Handwerk legte.

Heute, rund sieben Jahre später, ist Vogel wieder obenauf. Er hat eine neue Goldader gefunden. Zusammen mit Lebensgefährtin Ursula Heisterkamp verdient er nun sein Geld mit der „Vermietung von kompletten Wohnanlagen für ortsfremde Personen“.

Die „Ortsfremden“ sind Asylbewerber, die „Wohnanlagen“ Container. Auch schwimmende Pontons mit jeweils 22 dieser Behelfswohnungen hat Vogel im Angebot – für stolze 32,90 Mark Miete pro Tag und Person.

Mit den Notunterkünften, die er billig im slowakischen Bratislava herstellen läßt und an Städte und Gemeinden vermietet, will Vogel monatlich eine halbe



Container-Vermieter Vogel: „Die rennen mir die Türe ein“

Million Mark Umsatz machen – Tendenz: „rapide steigend“.

Mehrere Großstädte haben Interesse bekundet. In Bochum und Dortmund stehen die Wohnkisten schon. Vogel über seine Geschäftsaussichten: „Die

Kommunen rennen mir die Türe ein.“

Weil die Zahl der Flüchtlinge steigt, blüht allorten das Geschäft mit der Not. Mit allem, was nur irgendwie als Unterkunft durchgehen könnte, versuchen Findige eine schnelle Mark zu machen. Auch ehemalige Puffs, ausgerangierte Diskotheken, leerstehende Ställe und vergammelte Fabrikhallen werden offeriert.

Als hätten sie für die Bewältigung des Problems noch unendlich lange Zeit, debattieren die Parteien derweil weiter über das Asylrecht. Immerhin aber

beginnen die starren Fronten zwischen den Parteien allmählich zu bröckeln.

Aus dem Kurs der Union – die bislang starr auf einer Änderung des Asylrechtsartikels bestand, aber die Einführung von Zuzugsquoten für Aussiedler ablehnte – scherte letzte Woche der bayerische CSU-Fraktionschef Alois Glück aus: Angesichts wachsender Probleme, so der Querdenker, sei eine Quotenregelung für Aussiedler erwägenswert.

Bei der SPD wiederum – die eine Asyl-Grundgesetz-Änderung ablehnt – hatte zuvor als erster Landeschef überraschend Hamburgs Bürgermeister Henning Voscherau für eine Abschaffung der Asylgarantie im Grundgesetz und für Einwanderungsquoten plädiert. Denn die Behörden der Hansestadt, in der schon jetzt 50 000 Wohnungen fehlen, suchen mindestens ebenso verzweifelt nach weiteren Zuzüger-Quartieren wie die Gemeinden im Umland. „Wir stehen mit dem Rücken an der Wand“, klagt Hans-Bodo Heseemann, Kreisdirektor im niedersächsischen Landkreis Harburg.

Bundesweit habe die Bonner Asylpolitik mittlerweile eine „katastrophale Situation“ her-



Asylbewerber-Schiffe (in Hamburg): „Mit dem Rücken an der Wand“



CSU-Querdenker Glück, SPD-Querdenker Voscherau: Die starren Fronten bröckeln

aufbeschoren, erklärte vorige Woche Hannovers Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg, Präsident des Städtetages. Einige Gemeinden überlegten bereits, Privaträume für die Unterbringung von Asylbewerbern zu reklamieren.

Zu den Profiteuren des Quartiermangels zählen vor allem zwielichtige Spekulanten. Selbst Rechtsextreme, wie der Ex-Funktionär Vogel oder der oberpfälzische Republikaner-Chef Dieter Maier, wollen beim Abkassieren nicht beiseite stehen. Hamburgs Sozialsenator Ortwin Runde (SPD) weiß: „Da verdienen sich einige eine goldene Nase.“

In der Hansestadt müssen die Behörden mittlerweile Unsummen aufwenden, um Asylbewerber und Aussiedler unterzubringen. Manche Mieten, von den Kommunen stillschweigend gezahlt, würden den Tatbestand des Wuchers erfüllen – wenn sich ein Kläger fände.

Bis zu 900 Mark pro Person und Monat zahlten Behörden im westfälischen Münster für die Unterkunft in einer völlig heruntergekommenen Ferien- und Hotelanlage. Für sechs Asylbewerber in einer der maroden Wohnungen löhnte die Stadt monatlich 4400 Mark.

In Stuttgart machen zwei Firmen ein Millionengeschäft mit dem Ankauf und der Vermietung von Industrieruinen. Für 400 Aussiedler und 200 Asylbewerber, untergebracht in einer stillgelegten Pharmafabrik, zahlt die baden-württembergische Landeshauptstadt pro Tag und Person bis zu 28 Mark.

Der Geldsegen für den Hotelbetreiber endete erst, nachdem die örtliche Presse Mißliches herausgefunden hatte. Die Unterkünfte, in denen bis zu 500 Asylbewerber untergebracht waren, sind baurechtlich nicht einmal als Ferienwohnungen zugelassen.

In Hannover logierten Asylbewerber monatelang zwischen rotem Plüsch und

Spiegelwänden in einem früheren Bordell. Mietpreis des umgewidmeten Liebesnestes: 560 000 Mark im Jahr. In Osnabrück mieteten die Behörden derweil für 5000 Mark Monatsmiete eine gammelige, ausrangierte Diskothek mit dem Namen „Get Crazy“ an.

Mancherorts werden die Angebote von den Gemeindebediensteten nicht einmal mehr grob überprüft – aus Überforderung oder aus Desinteresse. Beim Aushandeln der Preise ist mancher Landrat, Bürgermeister und Sozialdezernent nicht kleinlich, weil das Land die Kosten ohnehin übernimmt.

Die Schlamperei gerät zum Irrwitz, wenn, wie in der westfälischen Gemeinde Windeck, ein leerstehendes Schulgebäude erst billig an eine Firma abgegeben, anschließend aber – nunmehr vollgestopft mit Flüchtlingen – für eine

„Kaltmiete“ von 26 Mark pro Bett und Nacht wieder angemietet wird.

Bei derartigen Geschäftsaussichten bieten manche auch schon ihr Eigenheim als Massen-Nachtquartier an – etwa ein Hamburger Architekt, der die Investitionen für sein Reetdachhaus wieder reinholen will. In der Villa im Stadtteil Ohlstedt, in der einst Max Liebermann wohnte, sollen in den nächsten fünf Jahren rund 50 Asylbewerber zwei Millionen Mark amortisieren helfen.

Aber auch in nicht so bürgerlichen Gegenden Hamburgs läßt sich mit den Zugewanderten einiges verdienen, so in den ehemaligen Stundenhotels um den Hauptbahnhof und im Rotlichtviertel St. Pauli.

Von den rund 4400 Asylbewerbern, die in Hotels leben, sind die meisten in solchen schmutzigen Elendsquartie-



Afghanische Flüchtlingsfamilie*: Kümmerliches Dasein

* Auf einem Schiff am Mainzer Rheinufer.

ren untergebracht. In einem ehemaligen Tanzsaal etwa warnen schon im Eingang Schilder vor Mäusegift. An den Wänden krabbeln Kakerlaken. Das Haus sieht aus, als würde es jeden Moment in sich zusammenfallen. „Eigentlich“, sagt ein Stadtbediensteter, „müßte man das für unbewohnbar erklären.“ Statt dessen dient es als Flüchtlingsunterkunft für 50 Erwachsene und Kinder. Die Stadt zahlt für jeden täglich 6,33 Mark.

In anderen nicht ganz so heruntergekommenen Hotels können die Betreiber 33, 38 oder gar 48 Mark pro Nase und Tag abrechnen. Zu Zeiten besonders starken Zuzugs legen die Sozialbeamten oft noch kräftig drauf – im vergangenen Jahr sogar so viel, daß der Computer des Statistischen Bundesamtes die horrenden Summen gar nicht verarbeiten konnte. Der Grund: In den Erhebungsbögen der Behörde sind für Mieten maximal vierstellige Summen vorgesehen.

Beim Ausfüllen der Formulare hatten die Bediensteten der Bezirksämter jedoch mindestens 5000mal fünfstellige Summen eingetragen: beispielsweise 10 290 Mark für 40 Quadratmeter und sieben Personen oder 11 760 Mark für 46 Quadratmeter und acht Personen.

Als das Statistische Bundesamt die „auffallend hohen Beträge“ rügte, mußten die hanseatischen Bürokraten die Verschwendung eingestehen. In den Sozialdienststellen, erkannte ein Behördenmitarbeiter kleinlaut, seien zum Teil

„extrem hohe Mieten für winzige Wohnräume“ gezahlt worden.

Manchmal werden erhebliche Summen sogar für Gäste überwiesen, die in den vom Amt angemieteten Betten nie gelegen haben. Für einen Bruchteil des von den Behörden bezahlten Preises kaufen Hotelbesitzer Obdachlosen und Asylbewerbern die amtlichen Übernachtungsgutscheine ab.

Während die Betroffenen sich irgendwo in der Stadt ein Ausweichquartier suchen, belegen die Hoteliers die Betten erneut und kassieren zusätzlich bei den Behörde die reguläre Monatsmiete. Seit mehr als einem Jahr ermittelt deshalb das Landeskriminalamt „wegen Betrugs zum Nachteil der Sozialbehörde“, allerdings mit wenig Aussicht auf Erfolg, die Quartier-Mafia zu überführen.

„Der Informationsfluß ist dürftig“, klagt der ermittelnde Staatsanwalt Rüdiger Bagger. Zeugen trauen sich nicht, gegen die Betrüger vom Kiez auszusagen. Behörden mauern, überraschende Beamtenbesuche bei verdächtigen Personen gibt es, so ein Fahnder, „nur alle Jubeljahre einmal“.

In Bayern hat das Millionenspiel mit den Elendsflüchtlings schon das erste Mordopfer gefordert. In seinem Haus in Gmund am Tegernsee wurde Anfang vorigen Jahres der Münchner Immobilienmakler Erich Kaufmann, 50, mit einem Feuerlöscher erschlagen. Unter den Tätern, so der Verdacht der Polizei,

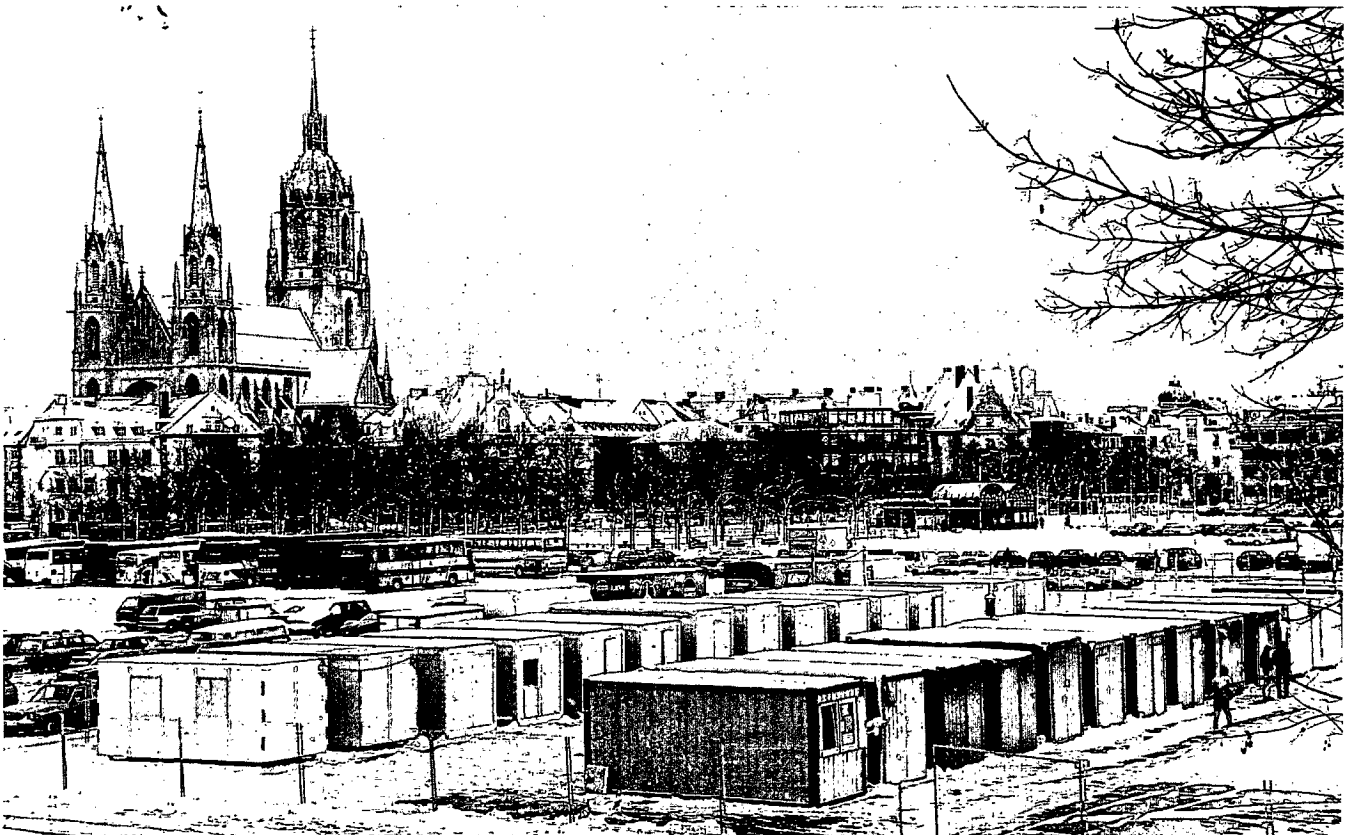
ist ein Geschäftspartner des Maklers. Der hatte für Kaufmann günstig Häuser erwerben oder verwalten sollen. Anschließend wurden die Gebäude den Kommunen als Asylbewerber-Unterkünfte angeboten.

Das Geschäft lief vorzüglich. Während die Flüchtlinge in der Pension „Granerhof“ in Böbing bei Schongau ein dürftiges Dasein in kalten Zimmern bei rationiertem Strom und wenig Wasser fristeten und sich für kümmerliche 8 Mark pro Tag selbst verpflegen mußten, machten die Betreiber einen fürstlichen Profit. Bei einem Tagessatz von 32 Mark pro Person kassierten sie nach Berechnungen der Polizei 25 000 bis 30 000 Mark Gewinn pro Monat.

Als der Kompanion des später ermordeten Immobilienhändlers erkannte, zu welchen Reichtümern das von Kaufmann eingefädelte Geschäft verhelfen kann, beschloß er nach Ansicht der Fahnder, den Makler umbringen zu lassen und allein zu kassieren.

Das zuständige Landratsamt Weilheim-Schongau, das weder von den rüden Methoden noch von den extraordinären Gewinnen je etwas gehört haben will, ließ sich auch durch den Mord nicht irritieren. Es zahlte munter weiter.

Dabei haben Experten den Kommunen wiederholt vorgerechnet, daß die Millionen, die zwielichtigen Immobilienhaien zugesteckt werden, besser angelegt sind, wenn sie in den Wohnungs-



Asylbewerber-Quartier auf der Münchner Wies'n: „Bierdimpfgeist gegen Ausländer“?



**SPORT-, RENNSPORT-, TOURISTIK-
RÄDER und FREE-BIKES für
Sport, Beruf, Freizeit. Von PEUGEOT,
der großen europäischen
Fahrrad-Marke.**



Optimale Antriebstechnik • Leichtrohrrahmen von höchster Stabilität • Sauberste Verarbeitung durch PPS-Innenverlötlung • Geschmiedete Ausfallenden bei vielen Modellen • Hochwertiger Korrosionsschutz durch Mehrschichtlackierung • Richtige Rahmenhöhen für jede Körpergröße — wichtig für ermüdungsfreies Fahren • PEUGEOT — die schönste Art der Fortbewegung • Ohne Streß und Stau • Für Umwelt und Gesundheit • Ihr PEUGEOT-Fachhändler berät Sie gerne.

Bezugsquellennachweis:

CYCLES PEUGEOT · Postfach 12 20 · 5063 Overath 1

bau investiert werden. Helmuth Schmitz vom Hamburger „Arbeitskreis Wohnen“: „Die Investition in Wohnraum wäre langfristig billiger, als immer wieder Notlösungen zu finanzieren.“

Bei der Unterbringung deutschstämmiger Aussiedler aus Osteuropa hat der Hamburger Senat den besseren Weg bereits eingeschlagen. Die ersten 50 von rund 300 geplanten Quartieren sind im vergangenen Jahr in Betrieb genommen worden. Für Asylbewerber sind in mehreren Stadtteilen einfache Pavillonhöfe geplant, um die kostspielige Hotelunterbringung reduzieren zu können.

Die Christdemokraten konzentrieren sich derweil vielerorts darauf, Sozialdemokraten und Grüne — koste es, was es wolle — beim ohnehin emotionsgeladenen Thema Asyl in die Enge zu treiben. So trommeln Unionspolitiker zwar für die Einrichtung von Sammellagern, weigern sich aber, geräumte Kasernen für Asylananten freizugeben, so etwa im hessischen Main-Kinzig-Kreis.

Die Bonner Regierungsparteien, beschwert sich Iris Blaul, zuständige Ministerin im rot-grün regierten Wiesbaden, seien an einer Lösung der Unterbringungsprobleme „gar nicht interessiert“. Blaul: „Die wollen nur ihr Süppchen kochen.“

Ein Produkt solcher Politik ist gegenwärtig sogar mitten in München zu besichtigen: Auf der Theresienwiese, wo sonst das Oktoberfest tobt, sind für Asylbewerber 40 Wohncontainer aufgestellt worden. Monatsmiete: jeweils 500 Mark. Mit der Aktion, glaubt Stephan Schindelbeck vom Münchner Bündnis gegen den Rassismus, solle lediglich „der Bierdimpflgeist gegen Ausländer mobilisiert“ werden.

Münchens Bürgermeister Georg Kronawitter (SPD) macht schon des längeren kein Hehl daraus, daß er Druck machen will, die Asylgarantie aus der Verfassung zu streichen — ebenso wie sein Kollege Voscherau und die Union.

Die bayerische Landesregierung hat unterdessen einen speziellen Dreh gefunden, die teuren Quartiere für die ungeliebten Fremden zu finanzieren.

Für die trostlosen Plätze in den Asyllagern kassieren christsoziale Kommunen die Flüchtlinge kräftig ab. Wer Arbeit gefunden hat, muß in Bayern monatlich 270 Mark Miete zahlen — macht für ein Zehnbettzimmer 2700 Mark.

Um auf diesen Wucherpreis zu kommen, addierten die Bajuwaren alle landesweit anfallenden Kosten für Asylbewerber und teilten die Summe sodann durch deren Gesamtzahl. „Das ist so“, erregt sich die Geschäftsführerin des Erlanger Ausländerbeirats, Silvia Klein, „als wenn jeder, der beim Ordnungsamt einen Paß beantragt, die Gehälter der Beamten, Sekretärinnen und die Raummieten mitfinanzieren müßte.“

Helmut Kohls SPD-regierte Heimatstadt Ludwigshafen, wo eine stadteigene Betriebsgesellschaft für die beengten Schlafplätze in den aufgestellten Containern kassiert, ist noch fixer. Dort werden von jedem arbeitenden Erwachsenen sogar 23 Mark pro Tag eingetrieben, monatlich 690 Mark pro Platz in der Mehrbettkiste.

Die Wuchermiete nennen die Ludwigshafener „Pflegesatz“.

Bremen

Weg des Schweigens

Schock für die Kuntschaffenden an der Weser: Neuer Sprecher der Kultur-Deputation wurde ein Abgeordneter der rechtsradikalen Deutschen Volkunion.

Den Rektor der Bremer Kunsthochschule Jürgen Waller, 52, plagt eine schreckliche Vision. Wenn er daran denke, daß zur Eröffnung des internationalen Columbus-Jahres der Bremer „Sprecher der Deputation Kultur in New York auftritt, dann“, sagt Waller, „fallen mir schon alle Haare aus“.

Denn frischgewählter „Sprecher“ der Kultur-Deputation der Weser-Stadt ist, ausgerechnet, ein bundesweit bekannter Rechtsradikaler: Karl-Heinz Vorsatz, 65, Bürgerschaftsabgeordneter der Deutschen Volkunion (DVU) und zugleich Funktionär der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD).

Gemeinsam mit Kultursenatorin Helga Trüpel (Grüne) soll sich NPD-Präsidiumsmitglied Vorsatz nun an der Spitze der Deputation – einer Bremer Spezialität, den anderswo üblichen Parlamentsausschüssen vergleichbar – für die Bremer Kulturpolitik und ausdrücklich auch für die Kulturarbeit mit ausländischen Jugendlichen engagieren. „Ideal“, sagt Senatorin Trüpel, „ist das nicht.“

Schon beim Gedanken an eine Zusammenarbeit mit Vorsatz packt Theaterleute und Kuntschaffende in der Hansestadt schieres Entsetzen. Als „Affront“ werten beispielsweise die drei Schauspiel- und Tanztheaterbühnen in einer gemeinsamen Erklärung die Vorsatz-Wahl, „die Bremen sehr schaden könnte“. Eine „vorsätzliche Demontage Bremer Kulturpolitik“ befürchten die Personalräte zweier Museen.

Dafür, daß die „barbarische Kulturlosigkeit“ (Waller) möglich wurde, sorgte ein gemeinsamer Antrag von CDU, FDP und Grünen. Sie verständigten sich schon bald nach der Landtagswahl Ende September 1991 auf ein neues Zählverfahren bei der Besetzung der Ausschüs-



Grünen-Senatorin Trüpel
„Ideal ist das nicht“

se, das kleinere Parteien wie FDP und Grüne besserstellt – aber eben auch die DVU, deren Kandidaten bei der Wahl zur Bürgerschaft überraschend 6,18 Prozent der Stimmen erreicht hatten und damit erstmals in Fraktionsstärke in ein Landesparlament einziehen konnten.

Zur Wahl in das Sprecheramt, dem bislang größten parlamentarischen Erfolg der DVU, genügte dem rechtsradikalen Vorsatz, der noch Ende 1990 vom Stuttgarter Landgericht wegen Volksverhetzung verurteilt worden war, eine einzige Stimme – seine eigene. Alle anderen elf Deputationsmitglieder enthielten sich. Die Politiker, die noch nach der Wahl ein „Bündnis der Demokraten gegen rechts“ gefordert hatten, scheinen vorerst „den Weg des Schweigens gewählt zu haben“ (Radio Bremen).

Nicht einmal der Sturm öffentlicher Entrüstung brachte die Abgeordneten von ihrem Pfad ab. „Wir sind früher selbst von den Parteien der Mitte an den Rand gedrängt worden“, begründete der Grünen-Abgeordnete Martin Thomas den Kurs seiner Partei, „das wollen wir den Rechtsextremisten ersparen.“

Im Umgang mit den radikalen Rechten erweisen sich Bremens Politiker auch sonst nicht eben geschickt. So scheiterte Bürgermeister Klaus Wedemeier (SPD) geradezu kläglich, als er 1987 den einzigen damaligen DVU-Abgeordneten per „Hausverbot“ aus dem Rathaus fernhalten wollte. Das Verdikt wurde vom Oberverwaltungsgericht kassiert.

Als die Bürgerschaft jetzt zur Vereidigung des neuen Ampel-Senats aus SPD, FDP und Grünen zusammenkam, fiel der altgediente Bürgerschaftspräsident Dieter Klink (SPD) aus der Rolle: Wo käme das Parlament denn hin, polterte der Sozi, wenn „jeder seine Fahne“ auf dem

Tisch hätte. Ein winziges Banner auf dem Pult der DVU-Fraktionsvorsitzenden Marion Blohm hatte Klink erregt: die schwarzrotgoldene Deutschland-Flagge, kaum mehr als postkartengroß.

Völlig aus der Fassung geriet ein Teil der Abgeordneten dann offenbar, als DVU-Mann Vorsatz überraschend als vierter Kandidat für einen der drei Schriftführerposten im Bürgerschaftspräsidium antrat. Gleich 18 der 100 Abgeordneten gaben, womöglich aus lauter Sorge, sie könnten ein falsches Kreuz setzen, ungültige Stimmzettel ab.

Die Wahl von Vorsatz an die Spitze der Kultur-Deputation möchten die Etablierten nun mit Tricks ungeschehen machen. Mit der Sprecherfunktion sei „quasi nichts als dieser Titel verbunden“, behauptet auf einmal Vorsatz-Amtsvorgänger Manfred Fluß (SPD). Der Spre-



DVU-Abgeordneter Vorsatz
„Grüne Vorgartenspiele“

cher werde entgegen seiner eigentlichen Bestimmung „nicht irgendwo auftreten, es sei denn in der Bürgerschaft, aber da auch nur für die DVU“.

Der da so trickreich ausgebootet werden soll, kaum daß er an Bord ist, gibt sich unbeeindruckt – und deutet Kooperationsbereitschaft an. „Daß ich nicht unbedingt für grüne Vorgartenspiele zu haben bin“, so Vorsatz, „ist klar, aber vielleicht läßt sich auch eine ganz vernünftige Basis finden.“

Welche Art der Zusammenarbeit die Bremer Kulturschaffenden von Vorsatz zu erwarten haben, hat sich bereits angedeutet. In einer Talk-Runde beim heimatischen TV-Sender Radio Bremen hatte der Rechtsradikale für kritische Vorbehalte eines Kreises von 150 Künstlern und Organisationen nur eine Bemerkung übrig: „Na ja, es war eine Schwulengruppe.“